53. Jahrgang. № 65. Sonnabend, 6. März 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gebündelt zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Beilegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Madenwürmer, Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antiverm". Mit genauer Anweisung Mark 1,20, bei Einsendung von Mark 1,40 franko. Depot und Versand: **Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.**

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! **Dresden Guthmann's Cosmos-Seife** ist die beste für den Teint Stück 25 Pfg. Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

GALERIE ERNST ARNOLD 34 Schloss-Strasse. Schloss-Strasse 34. | **WALTER LEISTIKOW** Nachlass-Ausstellung.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Das Befinden des Herrn Staatsministers Dr. Grafen Hohenthal war in den letzten Tagen recht zufriedenstellend.

Der Reichstag setzte die Beratung des Postetats und des Entwurfs der neuen Fernsprechgebührenordnung fort.

Abg. Trimborn hat im preußischen Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der die Hebung des kleinen Kaufmannsstandes betrifft.

In Berlin ist die Balneologische Gesellschaft zusammengetreten.

Als Nachfolger Richard Pischels, des Dozenten für Sanskrit an der Berliner Universität, ist Professor Heinrich Lüders in Kiel berufen worden.

Der bekannte französische Bildhauer Alexander Charpentier ist in Paris gestorben.

Der Bahnverkehr in Tirol ist wegen heftigen Schneestürmen vielfach unterbrochen; große Lawinenstürze richten bedeutenden Schaden an.

Serbien wird, wie man annimmt, den bisher nur mündlich ausgesprochenen Verzicht in den nächsten Tagen in die Form einer Note an die Mächte kleiden.

Das Steuerkompromiß

ist nach langem Hangen und Bangen zwischen den Blockparteien vereinbart und von der Finanzkommission angenommen worden. An sich könnte man sich freuen, daß jetzt endlich eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen geschaffen scheint; könnte es auch mit Genugtuung begrüßen, daß die Gefahr einer Sprengung des Blockes gerade bei der Lösung der wichtigsten innerpolitischen Frage für das Reich vermieden worden ist. Aber — und dies Aber wiegt schwer bei der Beurteilung der neugeschaffenen Sachlage — das Kompromiß weist, rein finanzpolitisch betrachtet, so schwere Mängel auf, daß es in seiner jetzigen Fassung unmöglich Gesetz werden kann, ohne dem Reiche und besonders den Einzelstaaten schweren Schaden zu bringen; die Väter des Kompromisses haben dies wohl instinktiv selber herausgefühlt, denn alle Blockparteien haben ihre Zustimmung nur „vorläufig" und mit dem ausdrücklichen Vorbehalt ihrer vollen Freiheit bei der endgültigen Stellungnahme gegeben. Schon aus diesem Grunde wird man des Ergebnisses langer und mühseliger Verhandlungen nicht froh, denn Rückschläge sind trotz der jetzt erzielten Verständigung jeden Augenblick zu befürchten: kurz gesagt, die Krisis ist nicht überwunden, sondern nur vertagt. Das ist der allgemeine Eindruck, der sich auch in den Pressekommentaren deutlich widerspiegelt.

Der ganze Kampf dreht sich nach wie vor um die Regelung der Besitzsteuerfrage. Daß neben der Belastung des Massenkonsums auch der Besitz zu den neuen Steuern herangezogen werden muß, darüber hat von Anfang an kein Zweifel bestanden; auch darüber nicht, daß indirekte und direkte Reichssteuern in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen müssen, etwa so, daß ein Drittel dem Besitz und zwei Drittel dem Verbrauch aufzuerlegen seien. Die Kernfrage ist und bleibt, auf welchem Wege der Besitz am zweckmäßigsten heranzuziehen wäre. Die verbündeten Regierungen haben in ihrer Vorlage die Nachlaßsteuer in der Verbindung mit einer Erhöhung der Matrikularbeiträge vorgeschlagen. Nachdem die Nachlaßsteuer vorläufig an dem Widerstande der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums gescheitert ist, ging man auf die Suche nach neuen Wegen. Der im Kompromiß eingeschlagene ist aber entschieden als ein Irrweg zu bezeichnen. Die Formel zur Lösung aller Schwierigkeiten, wie sie jetzt vorliegt, ist für die Einzelstaaten einfach unannehmbar, selbst wenn die Blockparteien zu einer definitiven Einigung gelangen sollten. Alle Paragraphen des angenommenen Blockantrages strotzen von Eingriffen in die Finanzhoheit der Bundesstaaten. Wie begreiflich, haben die Vertreter der einzelnen Regierungen bis jetzt noch keine bestimmte Erklärung abgegeben, sondern dem Bundesrat die Stellungnahme vorbehalten. Wie aber diese ausfallen wird, ist, wenn nicht alle Erwartungen trügen, kaum zweifelhaft. Nur ein kategorisches Niemals! wird die Antwort auf die neuen Vorschläge der Finanzkommission sein können; denn wenn die Bundesstaaten auch ernstlich gewillt sind, ihrerseits die größten Opfer zu bringen, um das Zustandekommen der dringlichen Reichsfinanzreform zu ermöglichen, so hat diese Bereitwilligkeit doch da ein Ende, wo eine Vernichtung ihrer finanziellen Selbständigkeit droht. Hier heißt es: Principiis obsta!

Wenn die Bundesstaaten diesmal auch nur den kleinen Finger bieten würden, so würde man sich allmählich bald der ganzen Hand bemächtigen. Damit aber wäre das Ende des föderativen Prinzips, auf dem das neue Reich gegründet ist, nur noch eine Frage der Zeit, denn die politische Selbständigkeit der Einzelstaaten hat ihre finanzielle Selbständigkeit zur unumgänglichen Voraussetzung: sie steht und fällt damit. Es hieße daher, das Deutsche Reich schweren Erschütterungen und Katastrophen aussetzen, wenn man den Geist und Inhalt des Steuerkompromisses nicht bis aufs Messer bekämpfen und immer wieder für die Nachlaßsteuer als den einzig richtigen Weg zur Besteuerung des Besitzes plädieren wollte, zumal auch der schon jetzt bis an die äußerste Grenze belastete Mittelstand bei Inkrafttreten der neuen Kompromißvorschläge noch mehr mit direkten Steuern drangsaliert werden würde, denn nicht nur die Vermögen von 20 000 Mark aufwärts, sondern auch alle Einkommen von über 3000 Mark sollen zu den Besitzsteuern des Reichs herangezogen werden. Was mögen sich die Herren in ihrer Weisheit wohl gedacht haben, als sie eine Belastung des Einkommens und des Vermögens gleichmäßig mit dem Titel „Besitzsteuern" etikettierten?! Wahrscheinlich waren sie am Ende ihrer Weisheit. Normalerweise versteht man unter Besitzsteuer nur eine Belastung des fundierten Besitzes. Daß dazu aber nicht die jährlichen Einkommen von 3000 Mark und darüber gerechnet werden können, bedarf nicht erst einer Begründung. Um den fundierten Besitz gebührend zu belasten, wird man also in dieser oder jener Form doch wieder auf die Nachlaßsteuer zurückgreifen müssen, die überdies noch ergiebiger, als in der Regierungsvorlage berechnet, gestaltet werden könnte, wenn auch die juristischen Personen, insbesondere das Vermögen der „Toten Hand" schärfer herangezogen würden.

Gegen das Kompromiß treten die Einzelstaaten mit lautem Protest ebenso auf, wie der gesamte deutsche Mittelstand. Die Blockparteien sollten sich hüten, es bis zum äußersten zu treiben, sie könnten sonst bei etwa notwendig werdenden Neuwahlen üble Erfahrungen machen. Die Reichstagsauflösung liegt in der Luft, so konnte man es noch gestern in der „Köln. Ztg." lesen, die ebenso wie wir mit aller Entschiedenheit gegen diese Kompro--Mißgeburt Verwahrung einlegt. Von den Konservativen hätte man es in erster Linie erwarten dürfen, daß sie, die sonst stets für die Selbständigkeit der Einzelstaaten eingetreten sind, auch bei der Reichsfinanzreform dem bewährten alten Standpunkt treu geblieben wären. Gerade weil wir uns als ein Organ nationaler konservativer Grundrichtung fühlen, haben wir das Recht dazu, unserer Verstimmung darüber offen Ausdruck zu geben und vor den bösen Folgen (nicht zuletzt für die konservative Partei selber!) zu warnen. Noch ist es Zeit zur Umkehr, noch ist der Schaden wieder gut zu machen, den man mit der kategorischen Ablehnung der Nachlaßsteuer angerichtet hat. Wenn die Nationalliberalen auch die Schuld an dieser Ablehnung mittragen, so ist zu bedenken, daß ihnen im Gegensatz zu den Konservativen die Selbständigkeit der Einzelstaaten im Vergleich zu ihren zentralistischen Neigungen jederzeit höchst nebensächlich war; haben sie doch auch jetzt wieder den famosen Vorschlag zur Einführung einer Reichsvermögenssteuer gemacht, der aber erfreulicherweise ein schnelles Ende in der Kommission gefunden hat. Daß die Nationalliberalen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Einzelstaaten nehmen würden, war also vorauszusehen, um so schärfer hätten die Konservativen gegen jeden Versuch, die Finanzhoheit der Bundesstaaten zu schmälern, protestieren müssen. Wie der Wind von nationalliberaler Seite pfeift, geht aus verschiedenen Auslassungen der nationalliberalen Presse hervor. Man versteigt sich sogar zu Drohungen gegen die Einzelstaaten, falls diese sich dem Kompromiß gegenüber nicht willig zeigen sollten; in der „National-Zeitung" heißt es z. B.: „Was aber die Ankündigung eines entschiedenen Widerspruchs im Bundesrate gegen die Zustimmung zu jeder die Bundesstaaten in Mitleidenschaft ziehenden Form der Besitzbesteuerung anlangt, so liegt darin eine arge Verkennung der wirklichen Sachlage. Die Verbrauchssteuern sollen bekanntlich den weitaus größten Teil der zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalte erforderlichen Deckungsmittel liefern. Würden die aus ihnen erwarteten Mehreinnahmen nicht bewilligt, so müßten eben die Bundesstaaten den ganzen Fehlbetrag im Wege der Matrikularumlagen aufbringen, d. h. sie müßten mehr als das Dreifache von dem an Lasten auf sich nehmen, was ihnen die geplante Neuordnung der Besitzbesteuerung zumutet. Vor die Frage gestellt, ob sie lieber einen Bruchteil des Bedarfes an Deckungsmitteln oder den gesamten Bedarf aus den ihnen zur Verfügung stehenden Steuerquellen bestreiten wollen, dürften die Bundesstaaten mit ihrer Stimmabgabe im Bundesrate vermutlich keineswegs so entschieden den verneinenden Standpunkt einnehmen, wie dies der bayrische Finanzminister in Aussicht stellt." Gemach ihr Herren! Eine Möglichkeit ist bei der Rechnung der „National-Zeitung" ganz außer acht gelassen, denn so leicht lassen sich die Einzelstaaten wirklich nicht unter das kaudinische Joch beugen: wenn alle Stränge reißen, bleibt die Reichstagsauflösung übrig. Mit der Parole „Für die Selbständigkeit der Bundesstaaten" und „Für die Nachlaßsteuer" braucht man den Kampf mit der Opposition gegen die jetzige Regierungsvorlage wahrlich nicht zu scheuen. Wie man die Aussichten auch visiert, ein günstiger Erfolg ist schon deshalb gewiß, weil der breiteste Mittelstand gegen jede neue Belastung durch direkte Steuern in geschlossener Front stehen wird. Darum sei noch einmal das hier so oft schon ausgesprochene Ceterum censeo wiederholt: **Zurück zur Nachlaßsteuer!**

Neueste Drahtmeldungen vom 5. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Postetats und des Entwurfs der neuen Fernsprechgebühren-Ordnung wird fortgesetzt. — Abg. Boehme (Wirtsch. Vgg.): Wir werden gern dem nationalliberalen Antrage zustimmen, der die Wiederherstellung verschiedener neuer Beamtenstellen, die die Kommission gestrichen hat, verlangt. Erfreulich ist, daß die Zahl der gehobenen Unterbeamtenstellen wieder vermehrt wird. Ebenso erfreulich sind die stattgehabten Dienststunden-Verkürzungen und Urlaubs-Regelung. Wir wünschen, daß auf diesem sozialen Wege fortgeschritten wird. Bevorstehende Versetzungen müßten den Beamten rechtzeitig bekannt gegeben werden, damit dem Reiche Mietsentschädigungen erspart werden. Redner erörtert dann namentlich die Verhältnisse der Telegraphenarbeiter. Es gäbe zwar bereits Ausschüsse dieser Arbeiter, aber leider noch nicht in allen Oberpostdirektionen. Zu wünschen sei, daß man diese Arbeiter wenigstens teilweise auch in Aufseherstellen aufrücken lasse. — Abg. Kaempf (freis. Volksp.): Der Etat enthält eine Reihe Lichtblicke, für die wir dankbar sind. Dringend zu wünschen ist die Wiederverbilligung des Nachbarortsportos, um so mehr, als die Erhöhung ja tatsächlich zu einer Einschränkung des Postkartenverkehrs im Orts- und Nachbarortsverkehr geführt hat. Hoffentlich kommt es noch zu einer Ermäßigung der jetzt bestehenden Gebührensätze beim Postscheckverkehr. Wünschenswert ist ein Weltporto von 10 Pfennigen für einfache Briefe. In England kann man für einen Penny nach den entferntesten Kolonien korrespondieren. England hat auch einen entsprechenden Vertrag mit Amerika geschlossen; hoffentlich kommen auch wir noch dahin, für 10 Pfennige nach Amerika schreiben zu können, ohne daß den Briefen, wie das jetzt der Fall ist, die Route über deutsche Häfen vorgeschrieben ist. Jetzt müssen schleunige Briefe, die die schnellste Route wählen müssen, gegebenenfalls immer noch das Zwanzig-Pfennig-Porto tragen. Möge die Postverwaltung in ihrem Streben nicht nachlassen, wenigstens nach allen unseren Nachbarländern uns das billige Porto zu verschaffen, wie wir es jetzt schon mit Oesterreich-Ungarn und Luxemburg haben. Anpassung an das Verkehrsbedürfnis ist unbedingt für das Gedeihen von Handel und Wandel erforderlich. Eine solche Anpassung liegt leider bei dem neuen Fernsprechgebühren-Entwurf nicht vor. Wenn es in der Begründung dazu heißt, daß im Laufe der Jahre der Anteil der Einzelgesprächs-Bezahlung an dem Gesamt-Sprechverkehr von 22 auf 44 Prozent gestiegen sei, so darf das doch kein Grund sein, um die Pauschgebühren ganz zu beseitigen. Das Richtigste bleibt daher, Einzelgebühr und Pauschgebühr nebeneinander bestehen zu lassen. Im Jahre 1890 erklärte die Postverwaltung, die reine Gesprächsgebühr würde unter Umständen einer Versagung des Anschlusses gleichkommen. Und das ist jetzt nicht anders geworden. Abg. Dr. Struve (Freis. Vgg.) bedauerte, daß der Staatssekretär nicht genügend Wohlwollen für die mittleren Beamten zeige, dabei würden die Ansprüche immer höher. Die Verwaltung lasse viel zu wünschen übrig. Weiter beschwert sich Redner über einige Fälle von Beeinflussungen nachgeordneter Beamter bei politischen Wahlen. — Staatssekretär Kraetke weist die Vorwürfe des Vorredners entschieden zurück. Es sei unerhört, daß dieser dem Chef der Verwaltung hier vor dem Reichstage mangelndes Interesse für seine Beamten nachsagen könne. Gegen das, was der Abgeordnete über die Beförderung von Beamten gesagt, müsse er erwidern: Lebe denn Dr. Struve ganz außerhalb der Welt, wisse er denn nicht, daß doch auf die Vorbildung der Beamten Rücksicht genommen werden müsse? Ueber diese Dinge werde sich in der Kommission weiter reden lassen. Der Herr Abgeordnete hätte hier mit seinen Darstellungen doch etwas vorsichtiger sein müssen. — Abg. Werner